

TAGUNGEN

Strukturmängel in den Europäischen Gemeinschaften

Die Novembertagung des Europäischen Parlaments fiel in einen kritischen Zeitpunkt. Vor der Tür stand der Termin (der 1. Januar 1962), an dem der Übergang der Gemeinschaften in ihre zweite Aufbaustufe fällig wurde, wenn man nicht einen Aufschub um ein ganzes Jahr in Kauf nehmen wollte. In den Leitungsorganen und in den Parlamentsausschüssen war man sich darüber einig, daß der Zeitpunkt dafür gegeben sei. Vizekanzler *Erhard*

gab sogar die Erklärung ab, daß dieser Übergang nicht an einem deutschen Einspruch scheitern würde. Aber schon wenige Tage darauf reiste sein Kollege vom Landwirtschaftsministerium, Minister *Schwarz*, nach Brüssel, um starke deutsche Vorbehalte zu der Marktordnung geltend zu machen. An ihnen konnte der lange und gründlich vorbereitete Schritt wirklich scheitern. Der ganze Vorgang ist charakteristisch für die Strukturmängel in der Gemeinschaft, die denn auch diesmal in Straßburg sehr scharf kritisiert wurden.

Tatsächlich ist der Ministerrat — obwohl parteipolitisch seine Zusammensetzung fast genau derjenigen der „Kommissionen“ und des Parlaments entspricht — von allen Organen

das schwerfälligste und konservativste. Seine Mitglieder stehen unter dem schwersten Druck von Ressortkollegen, die ihrerseits wieder von den Lobbyisten der verschiedensten Gruppen — im obigen Falle von den Bauernverbänden — berannt werden. Damit erklären sich solche Widersprüche; sie bleiben gleichwohl unhaltbar. Der Übergang zur zweiten Stufe, der nun in Straßburg einstimmig empfohlen wurde, wird nun wenigstens in einer Hinsicht eine Änderung bringen. Bisher mußte der Ministerrat alle seine Beschlüsse einstimmig fassen; in der zweiten Stufe können zwar nicht in allen, aber doch in vielen Bereichen seine Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit Gültigkeit erhalten. Damit würde der lähmende Einfluß, den das Einstimmigkeitsprinzip bislang ausübte, wenigstens eingeschränkt, was um so wichtiger ist, als nach dem erwarteten Beitritt weiterer Staaten zum Gemeinsamen Markt natürlich die totale Übereinstimmung sämtlicher Ministerbürokratien noch viel schwerer hergestellt werden könnte als innerhalb der bisherigen Sechs.

Zeugt der Beschluß um den Übergang zur zweiten Aufbaustufe dafür, daß das Europaparlament mit den bisherigen Fortschritten doch einigermaßen zufrieden sein kann, so zeigte die Kritik an der Langsamkeit der Räte, daß man sich nicht mehr mit dem bisherigen Tempo der Arbeiten bescheiden will. Insbesondere auf der Linken wurde bemängelt, daß Fragen sozialer Art bisher viel zu kurz gekommen sind. Das gilt etwa für die geplante Harmonisierung der Sozialpolitik, für die Gleichstellung der Männer- und Frauenlöhne, für die Überstundenentlohnung und ähnliche Komplexe. Demgegenüber wiegt es leicht, daß wenigstens eine teilweise Regelung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte erreicht worden ist und daß der Sozialfonds seine Tätigkeit aufnehmen kann. In den großen Angelegenheiten einer Annäherung der Sozialpolitik steht man eben noch am Anfang, obwohl man annehmen sollte, daß gerade auf diesem Gebiet durch eine andere Organisation, die Internationale Arbeitsorganisation, mit ihren vielen Konventionen, sehr wesentliche Vorarbeit geleistet worden ist.

Der Eindruck, daß auch in den Ländern der Sechs noch viel zuviel national gedacht wird — das hob u. a. *Erhard* hervor, und der kennt bestimmt seine Kollegen —, bestätigte sich bei der Beratung der Haushalte für EWG und Euratom. Hier hatte der Ministerrat das bewährteste Mittel angewandt, eine unbequeme Aktivität zu behindern: er strich einfach die vom Parlament bewilligten Ausgabenansätze zusammen, obwohl das kommende Jahr auf so gut wie allen Gebieten neue Aufgaben stellt; ein Teil dieser Aufgaben ist sogar vertraglich an Termine gebunden. Die bisherige Handhabung hatte ohnedies zur Folge, daß

sehr viele Anliegen, darunter auch die erwähnten sozialen Erfordernisse, nicht erledigt wurden, daß aber auch zwischen den Beschlüssen und ihrer Inkraftsetzung eine längere Zeit der Ungewißheit verstreicht, die natürlich von den Interessenten ausgenützt wird, um neue Komplikationen heraufzubeschwören. So häufen sich dann die Agenden, gleichartige Fragenkreise müssen immer wieder neu behandelt werden — und das ist ein wesentlicher Grund dafür, wenn die gewiß sehr bedeutungsvollen Arbeiten des Straßburger Parlaments in der breiten Öffentlichkeit nicht die verdiente Würdigung finden. Als nun der Ministerrat den Fortgang der Arbeiten mit Streichungen an dem wirklich knapp aufgestellten Etat behindern wollte, wurde dieser beschnittene Haushalt kurzerhand abgelehnt und an den Rat zurückverwiesen. Diese Art des Mißtrauensvotums steht wohl in der Geschichte von Haushaltsberatungen recht vereinzelt da.

Von den laufenden Agenden, die in Straßburg diesmal erledigt wurden, verdienen noch Erwähnung Entwürfe zu der Einleitung einer europäischen Marktordnung für Gemüse, Obst und Wein. Die hier vorgesehenen Regelungen unterscheiden sich von derjenigen für Getreide und Fleisch dadurch, daß sie viel elastischer, eigentlich sogar erst Versuche sind, da bei diesen Produkten Ernteausfall, Saison und vor allem Qualität noch eine viel größere Rolle spielen als bei den Standardwaren der Nahrungsmittelgewinnung. *Artur Saturnus*

Hochschulwoche für politische Bildung

In enger Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium führte die „Staatsbürgerliche Bildungsstelle im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen“ in der Zeit vom 14. bis 21. November 1961 in Bad Meinberg die „II. Hochschulwoche für Politische Bildung“ durch. Die über die Schulbehörden ergangenen Einladungen brachten gut 200 Teilnehmer, überwiegend Lehrkräfte der Über- und Realschulen, aber auch einige Volksschullektoren sowie Dozenten der höheren Fachschulen für Sozialarbeit, in das westfälische Staatsbad. Entsprechend dem Ziel der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle, den Pädagogen des Landes Vertiefungsmöglichkeiten ihres politischen Wissens und gleichzeitig Anregungen für die Weitergabe zu bieten, war der Rahmen der Vorträge hoch gepannt, vereinigt unter dem Generalthema *Demokratie heute*.

Ausgehend von sehr verschiedenen Standorten (und unter wechselnden Aspekten) trafen sich die Referenten in dem Bemühen, die Bedingungen einer lebendigen Demokratie in der industriellen Massengesellschaft und den Platz der Bildungsarbeit in dieser Gesellschaft

aufzuzeigen. An Stelle einer — doch fragmentarisch bleibenden — Gesamtübersicht wollen wir nachstehend einige der aktuellsten Referate besonders herausstellen.

Zu Beginn seines Vortrages „Zeitgeschichtliche Bedingungen lebendiger Demokratie“ führte Prof. *Weisser* (Köln) jene verbreitete These, nach der nur die Demokratie unter der gefürchteten „Herrschaft der Verbände“ leiden würde, ad absurdum mit dem Hinweis, daß keine Staatsform der Weltgeschichte sich bisher verbandlichen Beeinflussungen entziehen konnte. Die moderne Demokratie ist nur die einzige Staatsform, die es den Verbänden ermöglicht, in jeder beliebigen Zahl und mit jeder Lautstärke in der Öffentlichkeit aufzutreten. Aber auch unter den erblichen Dynastien und anderen Staatsformen der Vergangenheit und Gegenwart findet ein immerwährender Kampf verschiedener Interessengruppen und Cliquen statt, nur daß sich diese nicht unbedingt als Verbände bezeichnen und daß der Kampf sich zuweilen unter Ausschluß der Öffentlichkeit abspielt, was ihn aber weder harmloser noch die „Verbände“ einflußloser macht.

Weitere Klischeevorstellungen von der sozialen Wirklichkeit beherrschen unsere Öffentlichkeit nach Prof. *Weisser* dadurch, daß sowohl die Sozialrevolutionären als auch die sozialkonservativen Kritiker der Industriegesellschaften ihr Augenmerk zu einseitig auf die historischen Besonderheiten dieser Gesellschaft richten. Dabei wird übersehen, daß weder die kapitalistische noch die kommunistische Industriegesellschaft unabänderlich sind, sondern ihre Struktur lediglich bestimmten historischen Bedingungen verdanken. Die Tatsache, daß die überwiegende Mehrzahl der am industriellen Prozeß beteiligten Arbeitnehmer ohne eigentumsmäßige Bindung zu den Produktionsmitteln sind, ist nicht der Industriegesellschaft immanent, sondern auf den historischen Fakten gewachsen. Andere Ordnungen (etwa die der Beteiligung der Arbeitnehmer am Eigentum, an den Produktionsmitteln in den verschiedenen Varianten) sind vorstellbar, und vielleicht könnte eine Entwicklungshilfe, die ohne jeden politischen Akzent gegeben wird, dazu beitragen, in einem der kommenden Industriestaaten Afrikas solche Ordnungsvorstellungen Gestalt werden zu lassen.

Das „Schicksalswort“ unserer Zeit ist aber nicht „Kapitalismus“ oder „Klassenkampf“ und auch nicht „Pluralismus“, sondern *Organisation*. Die „Dichtmaschigkeit“ aller Beziehungen in der hochindustrialisierten Gesellschaft führt zu einer zunehmenden Organisationsbedürftigkeit aller Lebensbereiche. Dieses Faktum ist nicht hinwegzudiskutieren. Unser Ziel muß sein, das optimale Maß an Organisation zu finden, wozu auch die Beseitigung jenes noch aus der Aufklärungsideologie stammenden Vorurteils, daß nur der Staat „Frei-

heitsräuber“ sein kann, gehört. Auch die „Pluralität der Regenschaft“, wie wir sie heute im außerstaatlichen Bereich vorfinden — und die sich bisher noch jeder exakten Feststellung entzogen hat —, bedroht die Freiheit. Das ordnungspolitische Denken wird sich zur Verfassungspolitik verlagern müssen, um bei der zunehmenden Organisationsbedürftigkeit aller Lebensbereiche trotzdem das größtmögliche Maß an Freiheit aufrechtzuerhalten. Dabei kommt dem Amt des Pädagogen eine immer größer werdende Bedeutung zu, der Zunahme an Organisation muß die Zunahme an Bildung entsprechen.

Um die Aufgaben des Pädagogen in der industriellen Welt ging es in dem Vortrag von Prof. *Schelsky* (Münster) über „Soziologie und Pädagogik“. Bei allem kritischen Abstand auch gegenüber den verallgemeinernden Aussagen der Soziologie ist es nach Schelsky unerlässlich, daß sich die Pädagogen stärker als bisher mit den sozialen Realitäten unserer Wirklichkeit vertraut machen. Am Beispiel der Berufsschulen wurde eindringlich demonstriert, wie leicht das pädagogische Bewußtsein hinter dem Sozialbewußtsein der Massen zurückbleibt. Wenn aber die zum Teil noch an handwerklichen Tatbeständen ausgerichteten Berufsbilder nicht den sozialen Gegebenheiten entsprechen, können die Gewerbelehrer nicht erwarten, von ihren Schülern — die ja *berufstätige* junge Menschen sind — ernst genommen zu werden. So muß auch jede noch so gut durchdachte Schulreform scheitern, wenn sie nicht dem sozialen Bewußtsein der Mehrzahl der Gesellschaft entspricht. (Auch wenn das Sozialbewußtsein nicht in Übereinstimmung mit den tatsächlichen Gegebenheiten steht!)

Unter dem Titel „Die Sozialpartner in der Verfassungsordnung“ gab Prof. *Weber* (Göttingen) einen Überblick über die verfassungsmäßigen Rechte der Sozialpartner, um dann das umstrittene Gebiet der Grenzen der Autonomie der Sozialpartner aufzugreifen. Diese Grenzen liegen nach Ansicht des Referenten z. B. in der Tarifgestaltung dort, wo der Verantwortung für die Gesamtwirtschaft nicht mehr Genüge getan wird. Wenn auf Grund der verbandlichen Machtverhältnisse einer der Partner einen höheren Anteil am Sozialprodukt fordert als ihm „der Sache nach“ zukommt, dann müsse der Gesetzgeber eine Sicherung schaffen, z. B. in der Form staatlicher Schlichtungsstellen. Ein formalrechtlich einleuchtender Gedanke, der den Beifall des Auditoriums fand. Nur vergaß der Göttinger Rechtsgelehrte anzugeben, welches Gremium darüber entscheiden soll, wann der Anteil des einen Partners — gemeint waren unausgesprochen immer die Gewerkschaften! — „der Sache nach“ nicht gerechtfertigt sein soll. Und nach welchen Kriterien soll diese Entscheidung gefällt werden? Zu diesen Fragen gilt es, verbindlich Stellung zu beziehen, bevor das auch

dann noch fragwürdige Instrument einer staatlichen Schlichtung ernsthaft diskutiert werden kann.

Um die Frage „Moderne Selbstverwaltung als Stätte bürgerlicher Mitverantwortung“ ging es in dem Vortrag von Prof. *Köttgen* (Göttingen). In überzeugender Form wurde die Notwendigkeit der verantwortlichen Tätigkeit des Bürgers für die Erhaltung einer lebendigen Demokratie dargestellt, wurden aber auch die zahllosen Schwierigkeiten aufgedeckt, die der Verwirklichung dieser Forderung in der industriellen Massengesellschaft entgegenstehen. Selbst auf der kommunalen Ebene als der prädestinierten Stätte verantwortlicher Bürgertätigkeit läßt sich ein ständig wachsender Schwund originärer Selbstverwaltung feststellen, bedingt durch das Ineinandergreifen der örtlichen und zentralen Planung und der meist notwendigen überregionalen Finanzierung zahlreicher kommunaler Projekte. Die 1914 begonnene Umwandlung der Rathäuser in bloße Verwaltungsbehörden macht weitere Fortschritte, wofür die im letzten Bundestag erlassenen Wohlfahrtsgesetze (das BSHG und die Novelle zum JWG) ein böses Beispiel bieten. Der Vortrag schloß mit der Forderung, die mitbürgerliche Verantwortung soweit wie möglich aufrechtzuerhalten, auch um den Preis verminderter Verwaltungsperfektion.

Eine interessante Unterbrechung der akademischen Referate bot der Vortrag von Redakteur *Roth* (Zürich) über „Die Bundesrepublik von draußen gesehen“. Vier Jahre Tätigkeit als Bonner Korrespondent der *Basler Nachrichten* lagen diesen Eindrücken zugrunde, Eindrücke, die dem bundesrepublikanischen Selbstbewußtsein nicht immer schmeichelhaft waren. Nur aus der begrenzten Bonner Atmosphäre her sind die Schlußfolgerungen eines (konservativen) Schweizer Demokraten zu verstehen, der das „halbautoritäre“ Regime Adenauers für das einzige den Deutschen bekömmliche erklärte.

Dieser Bericht kann nicht abgeschlossen werden, ohne einen schrillen Mißklang in der sonst so wohlausgewogenen Programmfolge zu erwähnen. Die Staatsbürgerliche Bildungsstelle verdient Anerkennung für die Zurückstellung aller einseitigen parteipolitischen Überlegungen bei der Auswahl der Referenten; es kamen alle politischen Richtungen zu Wort, z. T. mit ihren sehr prominenten Vertretern. Auf welchen Wegen aber kam Herr *Winfried Martini*, Kommentator aus München, in diesen Kreis? Allein der Versuch einer Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit Erfolgsbüchern à la *Schlamm* sollte kein Kriterium dafür darstellen, im Rahmen einer „Hochschulwoche für politische Bildung“ referieren zu dürfen. Der Vortrag „Sind wir in unserer Freiheit dieser Zeit gewachsen?“ war denn auch nicht mehr als der provokante Versuch, mit Hilfe einer fragwürdigen Geschichtsklitterung und

der Überbewertung historischer Details die angebliche „Legendenbildung von links“ der Weimarer Zeit durch neue Legenden (von rechts) zu widerlegen. Der Beifall, den er für verschiedene seiner Thesen erhielt, beweist nur zu deutlich die Anfälligkeit auch eines relativ gebildeten Publikums für diese neue Legendenbildung von rechts. — Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik haben sich sehr davor zu hüten, über der permanenten Bedrohung der Freiheit durch den Weltkommunismus die latente Gefahr einer Bedrohung der Freiheit durch autoritäre Rechtsextremisten zu vergessen.

Abschließend kann eine allgemeine Bemerkung über das beifallsfreudige Auditorium nicht unterdrückt werden. In dem (wegen Erkrankung verlesenen) Referat von Dr. *Zorn* über „Illusion und Wirklichkeit des Wohlfahrtsstaates“ wurde mehrmals erhöhte Sparsamkeit bei den Sozial- und Staatsausgaben gefordert; demonstrativ trommelte die Mehrzahl der Zuhörer Beifall! Ob sie ihren Beifall fortgesetzt hätten, wenn der Vertreter der Landesregierung erklärt hätte, daß er, von diesem Appell *Zorns* angesprochen, bei seinem Ministerium eine Herabsetzung der recht ansehnlichen Tagelöhner für höhere Beamte anregen würde?

Dr. Herbert Ehrenberg